

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste der heutigen Sitzung der BVV Mitte,

es ist auf den Tag genau drei Monate her, dass wir zum **ersten Mal** in diesem Gremium über den Entwurf des Bezirksamtes für den Doppelhaushaltsplan 2008 und 2009 diskutiert haben. Sie werden sich sicherlich an die Sitzung der BVV Mitte erinnern, wir haben damals in erster Lesung über einen Haushaltsplan zu entscheiden gehabt, der uns als gedrucktes Exemplar noch nicht einmal zur Verfügung stand.

Der damalige Entwurf des Bezirksamtes war rund **608 Millionen Euro „schwer“**, die Ansätze in den Kapiteln und Titeln waren zu rund 95 Prozent durch die Senatsverwaltung für Finanzen vorgegeben¹. Die restlichen 5 Prozent reichten noch nicht einmal, um die erwarteten, betriebsnotwendigen Ausgaben² zu erfüllen – an die Förderung „freiwilliger sozialer Leistungen“³ war nicht gar nicht mehr zu denken - über allem klaffte ein hässliches Haushaltsloch in Höhe von 15,74 Millionen Euro.

¹ Vorgaben SenFin: Transferausgaben außerhalb PSB (Z-Teil) in voller Höhe von 242,7 Mio. Euro, Untergrenze einer plausiblen Personalmittelveranschlagung in Höhe von 106,6 Mio. Euro, plausible Veranschlagung von Transferaufwendungen in den so genannten „Zielbudgets-Feldern“ in Höhe von 209,8 Mio. Euro sowie Mindestveranschlagungen für die Hoch- und Tiefbauunterhaltung sowie Lehr- und Lernmittel in einer Gesamthöhe von 19,3 Mio. Euro.

² Bewirtschaftungskosten für die bezirklichen Gebäude und Liegenschaften (Ist 2006: 27,0 Mio. €), Grünflächenunterhaltung (Ist 2006: 1,9 Mio. €), Beschaffung von Verwaltungsausgaben (Ist 2006: 9,9 Mio. €), Unfallkasse (Schulen und Kitas, Ist 2006: 1,7 Mio. €), Familienunterstützende Hilfen außerhalb HzE (Ist 2006: 3,3 Mio. €) oder Pflichtaufgaben im Bereich Jugend (Beförderung behinderter Kinder, Schuldnerberatung, Ist 2006: 0,8 Mio. €).

³ Förderung im Bereich Jugend, Soziales, Gesundheit, einschl. Obdachlosenhilfe, Jugendsozialarbeit, Erholungsmaßnahmen (Ist 2006: 6,2 Mio. Euro)

Nunmehr, drei Monate später, liegt uns der Haushaltsplan tatsächlich als Druckwerk sowie in geänderter Fassung vor – der Entwurf des Bezirksamtes ist insgesamt „schwerer“ geworden, zusätzliche Einnahmen sollen zusätzliche Ausgaben ermöglichen oder vorhandene Löcher schließen, das Haushaltsloch selbst ist mit 6,3 Millionen Euro kleiner geworden, wenn auch nicht weniger hässlich.

Die Vorlage des Bezirksamtes ist zwischenzeitlich durch die Senatsverwaltung für Finanzen in der so genannten „Nachschau“ geprüft worden, einige Punkte wurden entsprechend verändert - haushaltsrechtlich scheint dieser Entwurf des Bezirksamtes nunmehr kaum noch zu beanstanden zu sein.

Unsere Aufgabe, als Bezirksverordnete, liegt heute darin, die Vorlage des Bezirksamtes politisch zu bewerten: haben wir genug finanzielle Mittel zur Verfügung, um uns den Herausforderungen im Bezirk zu stellen, haben wir die erforderlichen strategischen Entscheidungen getroffen, um Mängel auszugleichen und auf Missstände zu reagieren, haben wir bei allen aktuellen Entwicklungen auch diejenigen im Auge behalten, die unserer Unterstützung bedürfen, obwohl ihre Probleme vielleicht nicht spektakulär genug für Schlagzeilen sind, haben wir (sofern möglich) das Geld entsprechend den Aufgaben „gerecht“ verteilt?

Haben wir genug Geld?

Nein, wir haben nicht genug Geld zur Verfügung, um uns den drängenden Herausforderungen im Bezirk zu stellen. Der Senat hat im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung den Gesamtplafonds für alle Bezirke um 68 Mio. Euro abgesenkt, allein den Bezirk Mitte treffen dabei Kürzungen gegenüber den angemeldeten Kosten in Höhe von 24 Mio. Euro.

Es zeigt sich immer mehr: das von der Senatsverwaltung für Finanzen angewandte Finanz- und Zuweisungssystem bedeutet für die Berliner Bezirke den Ruin – für die einen Bezirke früher, für die anderen Bezirke später, den Bezirk Mitte erwischt es schon mit diesem Haushalt.

Mit der Anwendung einer Kosten-Leistungs-Rechnung, die auf den qualitativen Wert einer Verwaltungsarbeit keine Rücksicht nimmt, sondern allein auf kurzfristige finanzielle Erfolge setzt, werden die Bezirke aus politischen Gründen geschröpft.

Wer es immer noch nicht mitbekommen hat, was die Wowereitsche Politmaxime „sparen, bis es quietscht“ und das für mich nur zynische „arm, aber sexy“ bedeutet, der kann das am vorliegenden Haushaltsentwurf für Mitte mit seinen Auswirkungen ablesen. Arm sind wir – aber ich habe noch keinen gefunden, der das „sexy“ findet.

Beschwerden der Bezirke über eine mangelnde Ausstattung in der Zuweisung gehören zur Routine einer jeden Haushaltsplanaufstellung in Berlin – doch wer in dieser Hinsicht die letzten Wochen und Monate etwas aufmerksamer verfolgt hat, der wird überrascht gewesen sein, wie vehement und über alle Parteigrenzen hinweg in den Bezirken die Kritik am Vorgehen des Finanzsenators formuliert wurde.

Schauen Sie nur auf die eingereichten Anträge zum Landesparteitag der SPD Berlin am 17. November 2007, wo Anträge mehrerer Kreise die Intransparenz des derzeitigen Zuweisungssystems anprangerten, eine Veränderung einforderten – und dafür plädierten, dass später auch die Senatsverwaltungen einmal in den Genuss einer Kosten-Leistungs-Rechnung kommen.

Während der selbsternannte Sparkommissar Sarazzin dank einer nicht durch eigene Leistungen stärker sprudelnden Steuerquelle das ein oder andere Luxusprojekt auf Senatsebene (wie eine millionenteure „Imagekampagne“) durchgehen lässt, hält er sich an den Bezirken, zu denen er ja noch nie ein positives Verhältnis gefunden hat, doppelt schadlos - und der ehemalige Schulstadtrat von Tempelhof lässt ihn willig gewähren.

Von dieser Entwicklung überrascht, verteilte der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses noch das ein oder andere Trostpflaster – dass soll zwar manche Ausblutung mildern, die offenen Wunden in den Bezirken werden dadurch nicht überdeckt.

Mag der Entwurf des Bezirksamtes zum Haushaltsplan nunmehr die haushaltsrechtlichen Bestimmungen befolgen, so steht er dennoch auf tönernen Füßen:

- er beinhaltet noch immer ein rechtlich zulässiges aber tatsächlich vorhandenes Haushaltsloch in Höhe von 6,3 Millionen Euro,
- er beinhaltet eingeplante Einnahmen in Höhe von 500.000 Euro aus den Genehmigungsverfahren zur Einrichtung der Umweltzone - von denen aktuell immerhin schon 19.100 Euro eingenommen sind -,
- er beinhaltet eingeplante Einnahmen in Höhe von 500.000 Euro zusätzlich, die aus der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen und -zeiten gewonnen werden sollen, obwohl das Ausmaß der Ausweitung der Parkzonen noch ungeklärt, der Einsatz von zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Kontrolle äußerst fraglich ist und sich inzwischen bereits eine Initiative gegründet hat, die ein Bürgerbegehren starten will und
- dieser Haushaltsplanentwurf trifft keinerlei Vorsorge für die kommenden Budgetierungsverluste im Haushaltsjahr 2007 oder für die Abschlussrechnung über die Abwicklung der Weddinger Seniorenheime.

Was sagen diese Haushaltszahlen aus, welche Schwerpunkte hat das Bezirksamt gesetzt?

Eine klare Linie des Bezirksamtes ist in diesem Haushaltsplanentwurf leider nicht zu erkennen – und dies ist vor allem ein Zeichen mangelnder politischer Führung! Nachdem bekannt war, welche Einsparungen welcher Bereich im Bezirksamt zu erbringen hat, konnte jeder Bezirksstadtrat für sich und ohne strategische Absprachen seine Einsparungen vorschlagen.

Dabei wurde nicht nur falsch gekürzt, sondern auch falsch gespart: eine ursprüngliche, bei Evas Arche vorgesehene Kürzung um 50.000 Euro hätte durch den Wegfall der AB-Maßnahmen zu Gesamtverlusten im Bezirk in Höhe von 250.000 Euro geführt!

Das Bezirksamt vermied es auch sorgfältig, erst einmal vor der eigenen Tür zu kehren. Anstatt, wie von der CDU-Fraktion angeregt, die internen Verwaltungsabläufe zu optimieren bzw. die zwar fusionsbedingten, dadurch aber immer noch weit über dem Bezirksdurchschnitt liegenden Infrastrukturkosten zu senken, anstatt zu überlegen, welche Verwaltungsbereiche zu einem positiven Image des Bezirks Mitte beitragen, welche gestärkt und welche mittel- bis langfristig abgegeben werden sollten, werden Sarrazins Vorgaben einfach sang- und klanglos übernommen und es wird bei den Leistungsangeboten für die Bürgerinnen und Bürger bedenkenlos gestrichen.

Es ist schlicht ein Skandal, wenn das Bezirksamt für den Ankauf von BlackBerry-Geräten und die Sicherstellung der dafür erforderlichen technischen Voraussetzungen mal eben 10.000 € Investitionskosten und 6.000 € dauerhafte Kosten in Kauf nimmt und im Gegenzug erklärt, dass man für die Kinder- und Jugendbibliothek am Nauener Platz die Bewirtschaftungsausgaben nicht mehr aufbringen kann.

Nicht das wir uns falsch verstehen, die CDU-Fraktion erkennt an, dass die Infrastrukturkosten für die Kinder- und Jugendbibliothek auf Dauer nicht zu leisten sind und dass deshalb, gemäß dem geltenden Bibliotheksentwicklungsplan, eine Aufrechterhaltung der vielfältigen Angebote in einer neu zu schaffenden Großbibliothek erforderlich ist. In diesem Zusammenhang aber die Chuzpe⁴ zu besitzen und die Verlagerung der Einrichtung mit eben diesem Bibliotheksentwicklungsplan zu begründen, den man durch das Streichen der Investitionsmittel für den Ausbau der Schillerbibliothek am Rathaus Wedding makuliert, ist schon eine besondere Art der politischen Kommunikation.

⁴ Chuzpe (aus dem jiddischen von hebräischen für „Frechheit, Dreistigkeit, Unverschämtheit“ entlehnt) ist eine Mischung aus zielgerichteter, intelligenter Unverschämtheit, charmanter Penetranz und unwiderstehlicher Dreistigkeit. Im Hebräischen enthält der Begriff eine negative Bewertung für jemanden, der die Grenzen der Höflichkeit aus egoistischen Motiven überschreitet. Im Jiddischen und in den meisten europäischen Sprachen schwingt Anerkennung für eine Form sozialer Unerschrockenheit mit. Hier spricht man insbesondere von Chuzpe, wenn jemand in einer eigentlich verlorenen Situation mit Dreistigkeit noch etwas für sich herauszuschlagen versucht.

Ebenfalls ist es ein Skandal, wenn das Bezirksamt unter selbstgewählter Zeitnot den Beschluss fasst, dass hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Musikschule, deren Engagement und Erfolg außer Frage steht, in das Zentrale Personalüberhangmanagement (ZeP) übertragen werden sollen. Die Botschaft dieses Beschlusses ist nicht, dass das Bezirksamt nach reiflicher Überlegungen einen Ausweg aus negativen Budgetierungsergebnissen gefunden hat, die Botschaft dieses fatalen Beschlusses lautet – gerichtet an die 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes Mitte: es ist egal wie engagiert ihr euch einsetzt, wie erfolgreich ihr arbeitet – im Zweifelsfall, wenn es die Zahlenakrobatik eines fraglichen Zuweisungssystem erfordert, dann fliegt ihr!

Völlige Intransparenz herrscht bei den Ansätzen für die freiwilligen sozialen Leistungen: als Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion teilt das Bezirksamt mit, dass es die Ansätze für die freiwilligen sozialen Leistungen in den Jahren 2008 und 2009 um jeweils über 158.000 Euro erhöhen will – und dennoch sollen anerkannte und langjährig im Bezirk verwurzelte Träger wie Evas Arche oder das Berliner Arbeitslosenzentrum von der Förderliste gestrichen werden.

Und – für uns schmerzlich – die Investitionsplanungen für die nächsten beiden Jahre werden pauschal auf Null gesetzt. Wichtige, lang erwartete Infrastrukturvorhaben wie der Ausbau des Stade Napoleon oder des Luftgeschosses in der Schiller-Bibliothek finden nun nicht mehr statt, die Nutzer sind enttäuscht und Geld, das zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der lokalen Wirtschaft beitragen kann, soll im großen schwarzen Haushaltsloch verschwinden.

Dieser Entwurf ist eine Ansammlung von skandalösen Versäumnissen und – ich wiederhole mich – ein Zeichen mangelnder politischer Führung: und hier sehe ich vor allem den Bezirksbürgermeister in der Pflicht! Ich komme mir dabei vor als wäre es April 1912, als Reisender auf der Titanic: der Kapitän des Schiffes (in unserem Fall der Bezirksbürgermeister) ist kopflos und hält sich angesichts der Katastrophe vornehm zurück – und der Steuermann (in unserem Fall der Finanzstadtrat) verlässt in nächsten Monat entnervt das sinkende Schiff.

Mit zusammengebißenen Zähnen sind aus den Fraktionen und den Ausschüssen Änderungsvorschläge gemacht worden, wie diesem Haushaltsplanentwurf noch etwas Positives abzugewinnen sei. Einige Vorschläge werden auch am heutigen Abend erneut zur Abstimmung gestellt. Darauf möchte ich gerne, unabhängig von der nachfolgenden eigentlichen Antragsberatung, in einem Punkt eingehen:

Aus dem gerade veröffentlichten Sozialatlas geht hervor, dass einzelne Kieze in den Bezirken und den Großbrandsiedlungen noch weiter sozial abgestürzt sind: Wedding, Moabit und Neukölln haben inzwischen Kreuzberg als Problemgebiete abgelöst. Der aktuelle Schulden-Kompass konstatiert verheerende Zustände im Beusselkiez oder im Soldiner Kiez: wir finden Straßenzüge, in denen mehr als jeder Dritte Volljährige auf Grund seiner Verschuldung eine Eidesstattliche Versicherung abgegeben, per Haftbefehl gesucht wird oder bereits Verbraucherinsolvenz angemeldet hat.

Und als erste Reaktion darauf, als erste direkte Maßnahme, empfehlen die Fraktionen von SPD, Linkspartei und FDP der BVV Mitte, eine Kürzung bei den Zuschüssen für die Schuldner- und Insolvenzberatung in Höhe von 50.000 Euro vorzunehmen. Und die Fraktionen tun dies im Bewusstsein, dass das Bezirksamt daraufhin die Förderbescheide kürzen muss – und somit bis auf weiteres etwa anderthalb Stellen bei den drei Schuldnerberatungen im Bezirk nicht mehr finanziert werden.

Liebe Kollegen, nicht immer heiligt der Zweck das Mittel. Wenn Sie angesichts der aktuellen Entwicklungen eine Kürzung bei den Schuldnerberatungen vorzunehmen, verabschieden Sie sich nicht nur von jeglicher sozialen Politik – Sie verabschieden sich von jeglichem rationalen Vorgehen.

Ja, wir wissen, dass durch den Beschluss des Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses für die Berliner Bezirke insgesamt 500.000 Euro zusätzlich für die Schuldnerberatungen zur Verfügung gestellt werden – es ist dies eines der Trostpflaster, von denen ich zu Beginn meiner Rede sprach. Wir wissen aber nicht, wie viel Geld davon dem Bezirk Mitte tatsächlich zugewiesen wird und wir wissen nicht, in welcher Art und Weise der Bezirk in den Genuss der Mittel kommen wird.

Aber der Beschluss des Hauptausschusses bindet die Mittel klar und deutlich an die Erfüllung erweiterter Aufgaben bei der Insolvenzberatung – und nicht zur Deckung selbstgefasster Löcher in den Ansätzen. Es ist klar, dass das von Ihnen vorgeschlagene Vorgehen weder vom Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses noch vom Finanzsenator toleriert werden kann und dahingehend Konsequenzen haben wird, dass der Bezirk spätestens in 2009 auf die Erhöhung der Mittel bei den Schuldnerberatungen verzichten muss und wir die Ausgaben für 2008 nicht in voller Höhe ersetzt bekommen.

Die CDU-Fraktion hat deshalb zur Finanzierung von Evas Arche einen eigenen Vorschlag eingebracht: die Verwendung von Geldern aus einem Titel des Jugendbereiches, der bislang im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung noch nicht gekürzt wurde und im Vergleich mit dem Durchschnitt aller anderen Berliner Bezirke mehr als doppelt so stark ausgestattet ist; unser Vorschlag ist der politisch richtige und haushaltstechnisch saubere Weg.

§ 12 Absatz (2) Satz 1 Bezirksverwaltungsgesetz formuliert lapidar:

Die Bezirksverordnetenversammlung entscheidet über den Bezirkshaushaltsplan (...)

Wir wissen, dass dies nicht nur eine einfache „Abstimmung“ sein kann, kein leichtfertiges „JA“ oder „NEIN“, dass wir sicherlich alle mit der Gesamtsituation nicht glücklich sind und das Verwalten eines Mangels an Mitteln, Personal und Ressourcen nicht zufrieden stellt.

Der BVV Mitte ist – chronologisch gesehen – die letzte BVV in Berlin, die über den Entwurf eines Bezirksamtes für den Doppelhaushaltsplan 2008/2009 abstimmen soll. Bei früheren Gelegenheiten, in der vorherigen Wahlperiode, wurden aufmüpfige Bezirksverordnete, die frech für sich feststellten, dass die BVV den Haushalt beschließen würde, aus berufenem Munde darauf hingewiesen, dass dies zwar so im Bezirksverwaltungsgesetz formuliert sei, aber der endgültige Beschluss im Berliner Abgeordnetenhaus fallen würde – und überhaupt ...

Dieses Jahr ist es anders, dieses Jahr konnte das Bezirksamt in den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes gar nicht oft genug betonen, wie wichtig die Einbindung der BVV und ihrer Gremien sei – und wie wichtig der Beschluss der BVV sei!

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sollten sich, jeder für sich, fragen, warum dies so ist! Freut sich das Bezirksamt darüber, dass wir als BVV scheinbar gleichberechtigt mitarbeiten und entscheiden dürfen, oder wird hier einfach nur die Verantwortung für eine ungeliebte Entscheidung abgeschoben?

Dieser Entwurf zum Haushaltsplan ist der Entwurf des Bezirksamtes – und nicht unser Entwurf. Wir sind, als ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker nicht in der Lage, einen kompletten Gegenentwurf aufzustellen, wir sind ebenfalls nicht in der Lage, für jeden Punkt, den wir zu verändern suchen, eine konkrete Gegenfinanzierung zu finden. Manchmal gelingt es uns, einzelne Merkpunkte zu setzen, aber unsere eigentliche Aufgabe an diesem heutigen Abend liegt darin, abzuwägen und „JA“ oder „NEIN“ zu sagen.

In den letzten Tagen und Wochen, kulminierend am heutigen Abend, haben sich einige Protagonisten eine Menge Mühe gemacht uns einzureden, dass uns nichts anderes übrig bliebe, als „JA“ zu sagen. Was haben wir – als Bezirksverordnete – denn noch für eine Wahlmöglichkeit, wenn wir nicht „NEIN“ sagen dürfen?

Wem gegenüber sind wir in unserem Handeln verantwortlich? Den Bürgerinnen und Bürgern in Mitte oder der Partei, die uns nominiert hat, oder gar dem Bezirksamt? Haben wir nicht vielmehr auch die grundsätzliche Verantwortung, Vorlagen, deren eklatante Mängel wir erkennen, auch abzulehnen?

Wenn Sie der Aussage zustimmen können, dass wir als BVV dem Haushaltsplan des Bezirksamtes auch dann zustimmen sollten, wenn er unsolid in seiner Finanzierung, unsozial in seiner Wirkung für die Bürgerinnen und Bürger und damit unbrauchbar für die administrative und politische Arbeit in unserem Bezirk ist, dann stimmen Sie mit „JA“.

Wenn Sie dieser Aussage jedoch nicht zustimmen, dann können Sie „NEIN“ sagen – und der 1. Januar 2008 wird kommen, die weiteren Tage des Jahres 2008 werden folgen und Sie werden feststellen, dass die Schulen und Bibliotheken, die Musik- und Volkshochschulen, die Bürodienstgebäude und alle darin beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verschwunden sind.

Das Leben, insbesondere das Verwaltungsleben wird nicht einfacher, aber es wird weitergehen - und das Bezirksamt hat dann den Auftrag uns einen neuen Entwurf für den Bezirkshaushaltsplan vorzulegen.

Das Bezirksamt ist aufgerufen, die offensichtlichen Schwachstellen dieses Haushaltsentwurfes zu überarbeiten und der BVV Mitte erneut zur Beschlussfassung vorzulegen!

Die CDU-Fraktion empfiehlt Ihnen die Ablehnung des vorliegenden Haushaltsplans für die Jahre 2008 und 2009 und beantragt eine geheime Abstimmung.
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.